



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 21. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-15-0007

Sicherheitszustand der städtischen IT-Systeme (verwaltet durch WIVERTIS GmbH - nachfolgend Wivertis)!

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.09.2021 -

Mit fortschreitender Digitalisierung, die auch zunehmend den Bereich der städtischen Verwaltung und städtischen Beteiligungsgesellschaften, die kommunale Steuerung von beispielsweise Verkehrsflüssen und die mit dem Internet verbundenen Systeme zu Steuerung von Strom, Wasser und Wärme, sind die entsprechenden IT-Systeme auch immer anfälliger für Angriffe aus und über das Internet (sogenannte Hackerangriffe!).

Bei städtischen Einrichtungen, wie der städtischen Verwaltung selbst, ihren Beteiligungsgesellschaften, aber auch bei anderen Einrichtungen, wie Krankenhäusern mit städtischer Beteiligung (z.B. HSK), liegen viele schützenswerte persönliche Daten der Bürgerinnen und Bürger von Wiesbaden.

Erfolgreiche Angriffe auf nicht ausreichend geschützte IT-Systeme könnten fatale Folgen für die Stadt Wiesbaden, deren Einwohner und die betroffenen Unternehmen haben.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitales und Gesundheit wolle beschließen,

Der Magistrat wolle berichten (ggf. in nichtöffentlicher Sitzung):

1. Für welche IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften ist WIVERTIS zuständig?
2. Wer ist ggf. außerdem für IT-System zuständig, die nicht in der Zuständigkeit von WIVERTIS liegen?
3. Haben WIVERTIS und eventuelle andere Dienstleister Maßnahmen getroffen, um die kommunalen IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften ausreichend gegen Hackerangriffe zu schützen?
4. Welche Schutzmaßnahmen wurden getroffen, um Datenverlust und/oder -Missbrauch zu verhindern? Gibt es Backup-Systeme?
5. Bedeutet der Ausbau von Homeoffice-Arbeitsplätzen für die Belegschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihren Beteiligungsgesellschaften eine erhöhte Gefahr für die Datensicherheit?
6. Mit welchen Maßnahmen hat bzw. wird der Magistrat auf diese zusätzlichen Herausforderungen reagiert/reagieren?
7. Hat es in der Vergangenheit schon Hackerangriffe auf IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften gegeben?
 - a) Wie häufig und wann kam dies bislang vor?
 - b) Welche Schäden (materiell und immateriell) sind dabei entstanden?
 - c) Gab es dabei Lösegeldforderungen und wie wurde darauf reagiert

8. Ist WIVERTIS aktuell personell und finanziell ausreichend ausgestattet, um die beauftragten Leistungen und Sicherheitsstandards zu erbringen?
 9. Wenn die personelle und finanzielle Ausstattung unzureichend ist, welche Maßnahmen sind geplant, um den gewünschten Zustand zu erreichen?
 10. Gibt es Verträge, in denen Aufgaben, Pflichten und eventuelle Schadenersatzforderungen (final) geklärt sind?
 11. Sind in den städtischen Gesellschaften die Mitglieder der Aufsichtsgremien fachlich sensibilisiert und verfügen diese über ausreichende Informationen und Fachkompetenz, um ihrer Kontrollfunktion im Fragen der Datensicherheit gerecht zu werden?
-

Beschluss Nr. 0070

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Volk-Borowski (Dezernat I) und Herrn Dr. Heinrich (IT-Sicherheitsbeauftragter - Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.
3. Der Magistrat wird gebeten, in regelmäßigen Zeitabständen einen Bericht des IT-Sicherheitsbeauftragten gegenüber dem Ausschuss zu geben und in der nächsten Sitzung insbesondere zu den in den Anträgen Nr. 21-F-15-0007 und 21-F-20-0027 gestellten Fragen mündlich zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2021

Dezernat I/15
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister